

Die Kosovo-Politik als Konstante der österreichischen Außenpolitik

21 Jahre nach dem Kosovo-Krieg und zwölf Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo befinden sich die junge Republik Kosovo sowie die Südosteuropa-Region in einer entscheidenden Phase¹. Die Beziehungen Österreichs zu dieser Region Europas, die im „19. Jahrhundert gewissermaßen zum imperialen Hinterhof der Donaumonarchie geworden (ist), in dem sie gewisse Sonderrechte beanspruchte“², zeigen ohnehin deutlich, dass die Wiener Ballhausplatz-Diplomatie seit Jahrhunderten besonderes Interesse an dieser Region hat. Einer der meistzitierten Aussprüche Metternichs, dass der Balkan am Rennweg, dem dritten Bezirk von Wien, anfangs, spiegelt am besten den außenpolitischen Blick Österreichs auf die Südosteuropa-Region wider.

1 Der Beitrag ist die aktualisierte Fassung eines Artikels, den der Autor in der Europäischen Rundschau (48. Jahrgang 2020/1, S. 61–64) veröffentlicht hat.

2 Münkler, Herfried (2017): Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Rowohlt, Berlin (2. Auflage), S. 42.

Die Beziehungen zwischen Österreich und dem Kosovo existieren nicht erst seit den jüngeren geschichtlichen Ereignissen im Kosovo rund um die 1990er Jahre, sondern seit dem Jahr 1689, als eine Gegenoffensive der Habsburger nach der Zweiten Türkenbelagerung Wiens (1683) gegen das Osmanische Reich, die auch das heutige Gebiet des Kosovo betraf, begann. Damals fing eine Ära an, in der die habsburgische Südosteuropapolitik einen besonderen Stellenwert in der gesamten Außenpolitik (Habsburg-)Österreichs bekommen hat.

Österreichs Vorreiterrolle in der Kosovo-Politik

Achtzig Jahre später, nach dem Ausbruch des Ersten und des Zweiten Balkankrieges, die die politische Geografie am Balkan verändert haben, stand der Balkan neuerlich in Flammen. Es gibt unterschiedliche Meinungen, wie es zum Zerfall Jugoslawiens kam, sowie über die blutigen Kriege in Slowenien, Kroatien, Bosnien und im Kosovo. Aber der gemeinsame Nenner des Auflösungsprozesses Jugoslawiens ist auf das Engste mit der Person von Slobodan Milošević (und Co.) verbunden. Er hatte den vorhandenen serbischen Nationalismus genutzt, das jugoslawische System von Tito zu beseitigen und eine Rezentralisierung Jugoslawiens unter serbischer Dominanz zu ermöglichen. Diese Politik bedeutete nichts anderes als die Schaffung eines großserbischen Staates. Die Verwirklichung dieser Politik wurde durch die vorgesehenen Pläne des Memorandums der Serbischen Akademie der Wissenschaften von September 1986 beeinflusst und weiter vorangetrieben.

Im Jahr 1989 gab es noch keine kriegerischen Ereignisse in Jugoslawien, aber es kam zur Intensivierung innenpolitischer, wirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Aspekte der Krise in Jugoslawien. Von innen gesehen war die politische Situation in Jugoslawien dramatisch angespannt. Die Aufhebung des Autonomiestatus des Kosovo und der Vojvodina im März 1989 – als erste Etappe der Umsetzung des Programms von Milošević – löste massive Proteste und Demonstrationen der Kosovo-Albaner aus. Die Aufhebung der Autonomie haben viele Historiker und Beobachter der Entwicklungen in Jugoslawien als den Anfang des Endes Jugoslawiens betrachtet. Den gewalttätigen Umgang der damals unter Kontrolle von Milošević stehenden Polizeikräfte gegenüber den Kosovo-Albanern hatte man in den nördlichen

jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien mit großer Aufmerksamkeit beobachtet und als einen Indikator für Regressivität und starke Demokratiedefizite der herrschenden politischen Klasse in Belgrad betrachtet.

Besondere Aufmerksamkeit und großes außenpolitisches Interesse an den Entwicklungen in Jugoslawien hatte auch die damalige österreichische Regierung gezeigt. Österreich und Jugoslawien hatten nach dem Zweiten Weltkrieg gute bilaterale Beziehungen, sowohl in der blockfreien Bewegung als auch in der Gruppe der neutralen Länder. Besorgt über die internen jugoslawischen Spannungen alarmierte Österreich die internationale Gemeinschaft. Auf die Frühwarnfunktion Österreichs hatten die mächtigsten westlichen Länder nicht reagiert. Hätten die westeuropäischen Länder (vor allem Frankreich und das Vereinigte Königreich) die österreichischen Sorgen beachtet, wäre viel Blutvergießen verhindert worden. Die österreichische Jugoslawien-Politik wurde lange Zeit vor allem im Westen missverstanden, obwohl Österreich eine kenntnisreiche Friedenspolitik verfolgte.

Bundeskanzler Franz Vranitzky und Außenminister Alois Mock sahen die Krise voraus und wollten eine frühzeitige Bewältigung der Krise in Jugoslawien. Beide pflegten gute Kontakte sowohl mit der jugoslawischen Bundesregierung in Belgrad als auch mit Vertretern von jugoslawischen Teilrepubliken und autonomen Provinzen. Als Bundeskanzler Vranitzky im Februar 1987 Jugoslawien besuchte, hatte er mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Branko Mikulić zum ersten Mal über die Unruhen im Kosovo gesprochen und sie als ernstes Problem eingestuft. Zwei Jahre später, nämlich fünf Tage nach der Aufhebung der Autonomie des Kosovo, besuchte Alois Mock zum ersten Mal Jugoslawien als Außenminister Österreichs, wo er über die politische Lage und die Verhängung des Ausnahmezustands im Kosovo sprach. Der österreichische Historiker Manfred Rauchensteiner vertritt die These, dass sich zumindest zum damaligen Zeitpunkt, „Österreich wesentlich stärker für das Kosovo engagiert [hat] als für Slowenien oder Kroatien“.³ Mocks Anmerkungen wurden später von Belgrad als Übertreibung und als „Wiener Operette“ bezeichnet. Bundeskanz-

3 Rauchensteiner, Manfred (2017): Am Anfang kam Slowenien. Österreich und der Beginn der Kriege in Jugoslawien. In: Mueller, Wolfgang (Hg.): Die Samtenen Revolutionen, Österreich und die Transformation Europas. New Academic Press, Wien, S. 166.

ler Vranitzky und Außenminister Mock verlangten ständig, keine Gewalt anzuwenden, und protestierten gegen das Vorgehen von Belgrad. Allerdings haben Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock keine Grenzänderung befürwortet, die die Einheit Jugoslawiens gefährden könnte. Bis Mai 1990 hatte Außenminister Mock erklärt, dass die Sicherung der staatlichen Einheit und Stabilität Jugoslawiens im österreichischen Interesse liege. Die Krisen in Jugoslawien führten zu einem persönlichen Anliegen von Außenminister Mock, der gegenüber Bundeskanzler Vranitzky unterschiedliche Positionen vertrat. Die österreichische Außenpolitik der zwei Geschwindigkeiten gegenüber der Anerkennungsfrage Sloweniens und Kroatiens spiegelte sich anders in der Kosovo-Frage wider, bei der Bundeskanzler Vranitzky und Außenminister Mock die gleiche Haltung vertraten.

Die SPÖ pflegte seit Jahren Kontakte mit der herrschenden Kommunistischen Partei Jugoslawiens, mit der vor allem Bundeskanzler Kreisky versuchte – und es auch erreicht hat –, gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Tito zu entwickeln. Die SPÖ unter Bundeskanzler Kreisky – und auch nach ihm – war dem Gesellschaftsmodell Jugoslawiens durchaus positiv gegenübergestanden, umso mehr, als Jugoslawien internationales Prestige genoss. Als nach Titos Tod die internen jugoslawischen Spannungen zunahmen und damit das internationale gute Image Jugoslawiens zu sinken begann, stieg in der SPÖ die Sorge. Außer Bundeskanzler Vranitzky hatten auch andere SPÖ-Funktionäre wie Heinz Fischer, Peter Jankowitsch, Helmut Zilk und Peter Schieder Konsultationen mit der politischen Führung des Kosovo unter Leitung von Ibrahim Rugova in Wien. Schon im Februar 1990 – nur drei Monate nach der Gründung des Demokratischen Bundes des Kosovo (LDK) unter Leitung von Ibrahim Rugova – wurde Rugova von Jankowitsch als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats empfangen. In den kommenden Jahren führte Bundeskanzler Vranitzky Gespräche mit Rugova in Wien, und Heinz Fischer besuchte Rugova (in seiner Wohnung) in Prishtina.

Früher und aktiver zeigte sich die ÖVP bei der Knüpfung der Kontakte mit Dissidenten. Erhard Busek als Vizebürgermeister der Stadt Wien war einer der hochrangigen ÖVP-Politiker, der Kontakte auf intellektueller Ebene im Kosovo bereits seit seinem Besuch 1987 aufbaute. Außer Außenminister Mock und Vizebürgermeister Busek waren es auch andere ÖVP-Poli-

tiker wie Andreas Khol, Werner Fasslabend und Wolfgang Schüssel, die sich besonders in der Kosovo-Frage engagierten. Hervorzuheben ist die Vorreiterrolle der ÖVP, die Kosovo-Frage in den internationalen Gremien, vor allem im Rahmen der Europäischen Demokratischen Union (EDU) zu thematisieren, in der Mock als Präsident und Khol als Exekutivsekretär tätig waren. Die ÖVP arbeitete unter anderem seit 1990 eng mit slowenischen, kroatischen und kosovo-albanischen Parteien zusammen. Seit Anfang der 1990er-Jahre organisierte die Politische Akademie der ÖVP zahlreiche Veranstaltungen, an denen viele Politiker aus dem jugoslawischen Raum teilgenommen hatten, mit dem Ziel, die politische Elite aus diesen Ländern auszubilden. So wurde auch die LDK, welche als konservative Partei im Kosovo positioniert wurde, durch die Einbeziehung in europäische Gremien etabliert.

Im Außenministerium gab es eine kleine Anzahl hochrangiger Diplomaten, die sich mit dem Kosovo-Thema beschäftigten, wie Thomas Klestil und Wolfgang Schallenberg, frühere Generalsekretäre, und Ernst Sucharipa, Politischer Direktor. Seit 1990 war der vor kurzem verstorbene Botschafter Albert Rohan als Leiter der Ost- und Südosteuropa-Abteilung – oft als „Balkanminister“ mit Recht bezeichnet – eine entscheidende Persönlichkeit im Außenamt bezüglich der Konstante der österreichischen Balkan- und Kosovo-Politik. Zuerst im Auftrag von Mock, dann von Wolfgang Schüssel, war Rohan derjenige, der die österreichische Balkanpolitik mitbestimmt und Spuren hinterlassen hat. Weiteres involviert waren Klaus Wolfer und Gerhard Jandl (beide von der Ost- und Südosteuropa-Abteilung), Johannes Kyrle als Balkan-Sekretär von Außenminister Mock sowie die österreichischen Botschafter in Belgrad Paul Leifer (1985–1991) und Walter Siegl (1991–1992).⁴

Außenminister Mock war der erste Außenminister eines europäischen Staates, der die politische Führung des Kosovo – geleitet von Ibrahim Rugova – 1992 im Außenministerium in Wien empfing. Hervorzuheben ist die Rolle von Außenminister Mock, vor allem im Hinblick auf die Internationalisierung der Kosovo-Frage, und die Einschaltung der internationalen Organisationen, wie die Initiativen der ersten und zweiten Stufe des KSZE-

4 Persönliches Interview mit Albert Rohan, Wien, 24. Februar 2017.

Mechanismus der Menschlichen Dimension oder beim UN-Sicherheitsrat, wo er die angespannte Situation im Kosovo angesprochen hat.

Im Zuge der Beschäftigung mit der Kosovo-Problematik hatte Außenminister Mock – als „Anwalt der bedrängten Völker Jugoslawiens“⁵ – eine nicht-öffentliche „Kosovo-Arbeitsgruppe“ (1991–1992) etabliert, mit der Absicht „vordringlich, das Problem an seiner Wurzel anzugehen und die Frage des künftigen Status von Kosovo einer Lösung zuzuführen“.⁶ Unter seinem Vorsitz hatten sich zahlreiche österreichische Wissenschaftler, Politiker aus allen österreichischen parlamentarischen Parteien, Diplomaten des Außenministeriums und Persönlichkeiten mit besonderer Kenntnis in der Kosovo-Frage zusammengesetzt. Bei der gegründeten „Kosovo-Arbeitsgruppe“ wurden Lösungsvarianten und Lösungsmodalitäten für den künftigen Status des Kosovo vorgeschlagen, von denen eine die Unabhängigkeit des Kosovo vorgesehen hatte. Nach Ausbruch des Krieges in Bosnien war dann die Situation im Kosovo eine Nebenfrage, weshalb die Arbeitsgruppe nicht mehr einberufen wurde.

Die politische Strategie der kosovo-albanischen Leadership war einzigartig. Die Organisation eines Parallelstaates durch Parallelstrukturen im Gesundheits-, Verwaltungs- und Schulwesen, das aus den Einkünften der berufstätigen Kosovo-Albaner und der albanischen Diaspora finanziert wurde, erregte großes Aufsehen. Die pazifistische Politik von Rugova – oft als „Gandhi des Balkan“ bezeichnet –, der jede Gewaltanwendung ablehnte, hatte große Sympathie in Österreich sowie international bewirkt.

Der Kosovo-Krieg und die österreichische Außen-, Neutralitäts- und Solidaritätspolitik

Kosovo war eine Herausforderung für die europäische und internationale Politik. Beim ersten österreichischen EU-Ratsvorsitz (Juli–Dezember 1998) war offiziell das Kosovo-Thema kein Schwerpunkt, allerdings hatten die

5 Vgl. Ajeti, Faruk: Alois Mock als „Anwalt“ der bedrängten Völker. In: Die Presse, 2. Juni 2017, S. 29.

6 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten (BMAA), GZ. 101.03.01/10-II.3/92, Kosovo-Arbeitsgruppe, 1. Sitzung am 24. Juli 1992, Aktenvermerk, vom 29. Juli 1992, Wien, S. 1.

kriegerischen Entwicklungen im Kosovo die EU-Präsidentschaft überschattet. Bei der Zuspitzung der jugoslawischen Auseinandersetzungen Ende der 1980er-Jahre, also vor dem EU-Beitritt Österreichs, wurde Österreich kaum gehört. Aber nach dem Beitritt Österreichs zur EU konnte Österreich während des Kosovo-Konflikts vollwertig mitbestimmen. Österreich hatte eine gewisse Themenführerschaft, die sich täglich in kleinen Dingen äußerte.

Anfang 1998, als sich die Lage im Kosovo drastisch zuspitzte, unternahm Österreich zahlreiche diplomatischen Initiativen. So hatte Außenminister Schüssel im März 1998 konkrete Maßnahmen unternommen, wie den Vorschlag des „Zehn-Punkte-Plans“ zur politischen Lösung der Kosovo-Frage. In der Phase der gravierenden Verschlechterung der politischen Situation reiste Außenminister Schüssel nach Belgrad und Prishtina, um seine Vermittlungsbemühungen fortzusetzen. Dies war der erste Besuch eines österreichischen Außenministers im Kosovo und der einzige der europäischen Außenminister.⁷

Als Österreich den EU-Ratsvorsitz innehatte, hatte Österreich Anfang Juli 1998 in Prishtina ein EU-Büro ohne die Genehmigung Belgrads eröffnet. Nachdem die Kosovarische Befreiungsarmee (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, UÇK) zu einem entscheidenden Faktor zur Lösung der Kosovo-Frage geworden war, versuchte man die ersten österreichischen diplomatischen Kontakte mit der UÇK zu etablieren, als eine notwendige Voraussetzung der Konfliktlösung, um alle Parteien in den Dialog einzubeziehen. Die österreichischen Diplomaten, Generalsekretär Rohan, und der österreichische Botschafter in Belgrad, Wolfgang Petritsch, spielten hier mit Fingerspitzengefühl eine Führungsrolle. Besonders wichtig war die Ernennung von Botschafter Petritsch zum EU-Sonderbeauftragten für den Kosovo, der das Gesicht der EU war, vor allem bei den Friedensverhandlungen in Rambouillet und Paris in den Jahren 1998/1999. Mit Botschafter Petritsch spielte seit mehreren Jahren erstmals wieder ein Österreicher eine wichtige Rolle bei internationalen Friedensgesprächen.

7 Gerhard Jandl (2000): Österreichs Rolle im Kosovo-Konflikt. In: Österreichisches Jahrbuch für internationale Politik 1999. Braumüller, Wien, S. 50-79.

Österreich hat verschiedene diplomatische Initiativen zur Lösung der Kosovo-Frage ergriffen, wie die Missionen österreichischer Diplomaten nach Belgrad und Prishtina, die Stationierung multinationaler Streitkräfte in Nordalbanien, die Teilnahme österreichischer Kontingente im Rahmen der EU-Beobachtermission (ECMM), der Kosovo Diplomatic Observer Mission (KDOM) und der Kosovo Verification Mission (KVM). Österreich hatte auch aktiv an der Ausformulierung von EU-Sanktionen gegen die politische Führung in Belgrad mitgewirkt. Die österreichische Außenpolitik beschäftigte sich mit der Kosovo-Frage auch im Rahmen internationaler und europäischer Foren im Bereich Krisenmanagement und Konfliktverhütung, wie in der UN, der Kontaktgruppe, NATO-PfP, OSZE, Europarat, WEU und ZEI.⁸

Nicht nur auf diplomatischer Ebene war die österreichische Regierung besonders aktiv, sondern auch auf humanitärer Ebene. Gemeinsam mit den Nichtregierungs- und Hilfsorganisationen (wie Caritas, Österreichisches Rotes Kreuz) zeigte sie ein besonderes Engagement in der kosovo-albanischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Aufnahme von 10.000 Kosovo-Albanern als Flüchtlinge wurde ermöglicht, als die österreichische Regierung ein „Österreich-Camp“ in Nordalbanien eröffnete. Dies wurde ermöglicht durch die große Beteiligung und enge Zusammenarbeit der österreichischen Regierung mit den Hilfsorganisationen. Zusätzlich kam es zum größten Heerestransport in der Zweiten Republik Österreichs, er umfasste Pionier-, Sanitäts-, Transport- und Sicherungselemente.

Nach der serbischen Ablehnung, das Rambouillet-Abkommen zu unterzeichnen, und als die ethnische Säuberung gegen die Kosovo-Albaner drastisch zugenommen hatte, griff die NATO militärisch gegen Belgrad ein. Als neutrales Land hatte die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Viktor Klima und Außenminister Schüssel beim EU-Sondergipfel in Berlin am 24. März 1999 die NATO-Luftanschläge gegen Jugoslawien ohne UN-Mandat als „gerechtfertigt und notwendig“ qualifiziert.

8 Vgl. Gehler, Michael (2019): From Saint-Germain to Lisbon. Austria's Long Road from Disintegrated to United Europe 1919–2009. Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, S. 738–744.

Nach dem Abzug der jugoslawischen und serbischen Polizei- und Militäreinheiten aus dem Kosovo beteiligte sich Österreich 1999 auf militärischer Ebene mit der Stationierung eines Bundesheer-Kontingents von etwa 450 Soldaten an der internationalen Friedenstruppe im Kosovo (KFOR). Die aktive österreichische Außenpolitik erstreckte sich nach dem Kosovo-Krieg auf die Wiederaufbaumaßnahmen, wirtschaftliche Investitionen (Banken und Versicherungen), Entwicklungszusammenarbeit, Leistungen im Kultur-, Schul- und Universitätsbereich.

Österreichs Engagement bei der Staatsgründung Kosovos

Der Prozess der Unabhängigkeit des Kosovo war direkt mit Österreich verbunden. Als der UNO-Generalsekretär Kofi Annan den früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari mit der Lösung des politischen Kosovo-Statusprozesses beauftragt hatte, stellte Präsident Ahtisaari nur eine Bedingung, nämlich als seinen Stellvertreter einen Österreicher zu bekommen, nämlich Albert Rohan.⁹ Der Sitz der Verhandlungsmission (UNOSEK) war in Wien. Das Duo Ahtisaari und Rohan leitete 17 Verhandlungsrunden zwischen Delegationen aus dem Kosovo und Serbien, die aber aufgrund der diametralen Positionen Belgrads und Prishtinas zu keiner Einigung führten. Auch bei der Staatengemeinschaft (Kontaktgruppe) herrschte aufgrund der russischen Ablehnung kein Konsens.

Auf der Grundlage des Ahtisaari-Plans und nach Rücksprache mit Washington und den europäischen Partnern erklärte das kosovarische Parlament am 17. Februar 2008 seine Unabhängigkeit als demokratischer und multiethnischer Staat. Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovo folgte eine rasche Anerkennungswelle durch zahlreiche Staaten, einschließlich Österreich als einer der ersten Staaten.¹⁰ Für den damaligen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer kam die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo

9 Vgl. Merikallio, Katri/Ruokanen, Tapani (2015): *The Mediator: A Biography of Martti Ahtisaari*. Hurst & Company, London, p. 330.

10 Vgl. Clewing, Konrad/Ajeti, Faruk (2018): *Kosovo und die österreichisch-albanischen Beziehungen: Bilder einer Geschichte* (hg. von der Botschaft der Republik Kosovo in Österreich, vom Albanien-Institut e.V. und der Österreichisch-kosovarischen Freundschaftsgesellschaft). Akademischer Verlag, München, S. 42.

„nicht überraschend, sondern war der Kulminationspunkt einer langen Entwicklung“.¹¹

Am 20. März wurden die wechselseitigen diplomatischen Beziehungen mit Notenwechseln aufgenommen, und das Österreichische Verbindungsbüro in Prishtina wurde in eine Botschaft umgewandelt. Im Oktober 2008 wurde die kosovarische Botschaft in Wien (als eine der ersten zehn Botschaften) eröffnet.¹² Die österreichische Regierung gilt als einer der größten und wichtigsten Unterstützer der jungen Republik. Österreich trug zur Mitgliedschaft Kosovos bei den regionalen, europäischen und internationalen Organisationen bei und überzeugte die europäischen Partner, die junge Republik anzuerkennen. So wurde auf Betreiben der österreichischen Außenpolitik der Kosovo als Mitglied im Vienna Economic Forum (VEF) im Jahr 2009 aufgenommen; dies war eine der ersten europäischen Organisationen mit Sitz in Wien, bei der die kosovarische Republik Mitglied wurde.

Als im Jahr 2009 die Grünen-Europaabgeordnete Ulrike Lunacek (2009–2017) vom Europäischen Parlament zur Kosovo-Berichterstatteerin ernannt wurde, zeigte sie sich besonders aktiv auf EU-Ebene. Ein Jahr später konnte Lunacek mit ihrem Bericht vom 8. Juli 2010 zwei Drittel der Abgeordneten des Europäischen Parlaments überzeugen, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen. Weiteres enthielt der Bericht die Forderung, dass auch die fünf EU-Mitgliedstaaten (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern), die die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkannt hatten, den Kosovo anerkennen sollten.

Nicht ohne Bedeutung für die junge Republik Kosovo war die österreichische Unterstützung bei der Frage der Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeit des Kosovo beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag. Die rechtliche Unterstützung war nach Ansicht Österreichs und vieler anderer europäischer Staaten notwendig, nachdem die serbische Regierung die Frage gestellt hatte, ob die einseitige Ausrufung der Unabhängigkeit des

11 Kosovo: Gusenbauer kündigt Anerkennung für Mittwoch an. In: Die Presse, 19. 2. 2008. Abrufbar unter: https://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/363994/Kosovo_Gusenbauer-kuendigt-Anerkennung-fuer-Mittwoch-an (10.12.2020)

12 Vgl. Ajeti, Faruk/Clewing, Konrad: Österreich und der Kosovo: Wiedergänge zweier Republiken. In: Die Presse, 16. Februar 2018, S. 29.

Kosovo mit dem internationalen Recht im Einklang stehe. Das Rechtsgutachten des IGH vom 22. Juli 2010 stellte fest, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo dem Völkerrecht nicht widerspricht.¹³ Österreich als einer der unterstützenden Staaten hatte eine schriftliche (16. April 2009) und mündliche (3. Dezember 2009) Stellungnahme abgegeben.¹⁴ Interessanterweise folgte der IGH in vielen Punkten den österreichischen Argumenten.¹⁵ Dies zeigt am besten, dass Österreich über echte Expertise auf dem Balkan verfügt und deshalb auch international anerkannt und geschätzt ist.

Die Integration des Westbalkans als Konstante der österreichischen Außenpolitik

2019 war ein wichtiges Jahr für beide Staaten. Der Kosovo feierte im Juni mit einem Festakt den 20. Jahrestag des Einzugs der NATO-Schutztruppe KFOR, an dessen Feierlichkeiten amerikanische Ehrengäste wie der frühere US-Präsident Bill Clinton, seine damalige Außenministerin Madeleine Albright und der damalige NATO-Oberkommandierende Wesley Clark teilnahmen, die nach Prishtina kamen und die speziellen Beziehungen zwischen den USA und der jungen Republik Kosovo hervorhoben.

Nach 330 Jahren gemeinsamer Geschichte sind Österreich und der Kosovo durch gemeinsame Interessen verbunden. Österreich entwickelt nun mit dem Kosovo eine intensive Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen in allen Bereichen werden durch intensive wirtschaftliche, kulturelle und persönliche Beziehungen ergänzt. Aus kosovarischer Perspektive wird Österreich als verlässlicher Partner und historischer Verbündeter betrachtet. Die besondere Kompetenz, die Österreich bewiesen hat, hatte für die Republik Kosovo besondere Bedeutung,

13 Die österreichische Stellungnahme wurde im Außenministerium unter Leitung des Völkerrechtsexperten Univ.-Prof. Dr. Gerhard Hafner verfasst.

14 Mehr dazu siehe Hafner, Gerhard/Kalb, Nadia (2012): Struktur und Inhalt der Stellungnahmen Österreichs im IGH-Gutachtenverfahren zu Kosovo. In: Hilpold, Peter (Hg.) (2012): Das Kosovo-Gutachten des IGH vom 22. Juli 2010. Martinus Nijhoff Publishers, Leiden, Boston, S. 259–268

15 Vgl. Tichy, Helmut/Kalb, Nadia: Kosovo: IGH folgt der Rechtsansicht Österreichs. In: Die Presse, 6. 8. 2010. Abrufbar unter: https://diepresse.com/home/recht/rechtallgemein/585993/Kosovo_IGH-folgt-der-Rechtsansicht-Oesterreichs (10.12.2020)

vor allem bei der Suche nach internationaler Anerkennung wie UNESCO, INTERPOL und anderen internationalen Organisationen sowie bei der Visaliberalisierung.

Die österreichische Kosovo-Politik als Teil des österreichischen Engagements am Balkan stellt eine der „Konstanten der österreichischen Außenpolitik“ dar.¹⁶ Der Westbalkan ist einer der Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, und mit Recht wurde erwähnt: „Es ist die einzige Gegend der Welt, in der die Alpenrepublik etwas zu sagen hat: wirtschaftlich und politisch.“¹⁷ Dies bestätigt, dass Österreich enge und freundschaftliche Beziehungen mit allen Westbalkan-Staaten unterhält. Diesen Wissensschatz, den Österreich für diese Region besitzt, hatte der damalige Bundespräsident Heinz Fischer in seiner Rede im kosovarischen Parlament im Oktober 2015 insofern bekräftigt, als die Westbalkan-Staaten und der Kosovo eingeladen wurden, Teil der europäischen Familie zu werden.

Aufgrund der vielfältigen Verbindungen zwischen Österreich und den Westbalkan-Staaten spielt Österreich seit Jahren vor allem im EU-Rahmen eine führende Rolle, diese Länder stärker in den europäischen Integrationsprozess einzubeziehen. Die österreichische Außenpolitik versucht als treibende Kraft die europäischen Werte in dieser Region zu verankern, und gleichzeitig ruft sie die Westbalkan-Staaten auf, die Kriterien für die EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Auch im Rahmen der EU-Institutionen ist das Engagement der Österreicher im Bezug zur Kosovopolitik zu erwähnen, wie von Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (2014–2019), und dem Europaabgeordneten Lukas Mandl, der im Europa-Parlament der Delegation für die Beziehungen zum Kosovo und Bosnien-Herzegowina angehörte und seit Mai 2016 Präsident der Österreichisch-kosovarischen Freundschaftsgesellschaft ist, als einem der aktivsten Verfechter der österreichischen Kosovo-Politik.

16 Rohan, Albert (2018): Kosovos langer Weg in die Unabhängigkeit. In: Europäische Rundschau 46/1, S. 11.

17 Nowak, Rainer/Prior, Thomas/Ultsch, Christian (2017): Flucht: Wie der Staat die Kontrolle verlor. Molden, Wien u. a., S. 171.

Das Regierungsprogramm (2020–2024) der Koalition von ÖVP und Grünen sieht vor, dass Österreich die Westbalkan-Staaten auf ihrem europäischen Weg weiterhin unterstützen wird und sich auch aktiv bei der Unterstützung des Belgrad-Prishtina-Dialogs zwischen Serbien und Kosovo sowie mit weiteren „Bemühungen für die Visa-Liberalisierung für Kosovo“ einsetzen wird.¹⁸

Wenn Österreich diese Region als einen zentralen Verantwortungsraum sieht, so sehen die Westbalkan-Staaten Österreich als einen natürlichen Partner und als Brücke zur Annäherung an die EU. Wenn Südosteuropa und der Westbalkan oft als Peripherie der EU bezeichnet werden, ist die österreichische Außenpolitik diejenige, die sich am meisten bemüht, die EU-Integration in diesem „europäischen Hinterhof“ zu beschleunigen.

18 Vgl. Regierungsprogramm 2020–2024. Aus Verantwortung für Österreich.

